



Stabilitäts- und Wachstumspakt: Reform geht in die richtige Richtung!

Durch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts bekommen die Mitglieder der Eurozone wieder mehr finanziellen Spielraum für eine aktive - die Konjunktur und Beschäftigung stabilisierende - Finanzpolitik. In den letzten Jahren waren die Politiker gezwungen, das willkürlich gesetzte 3-Prozent-Defizit-Kriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 1997 zu erfüllen. Viele Finanzminister kürzten in konjunkturellen Schwächephasen Staatsausgaben und Investitionen. Das schadete der Konjunktur und den Arbeitsplätzen. Befürchtungen, dass mit der Reform die Stabilität des Euro gefährdet ist, sind unbegründet.

Jean-Claude Juncker, dem EU-Ratspräsidenten, ist geglückt, was in den letzten Tagen nur noch Optimisten für möglich hielten: die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes! Die Reform ist Ergebnis politischer Verhandlungen. Auch wenn sich die IG Metall eine andere Ausgestaltung der Reform gewünscht hat, die politische Richtung des Kompromisses der EU-Finanzminister stimmt.

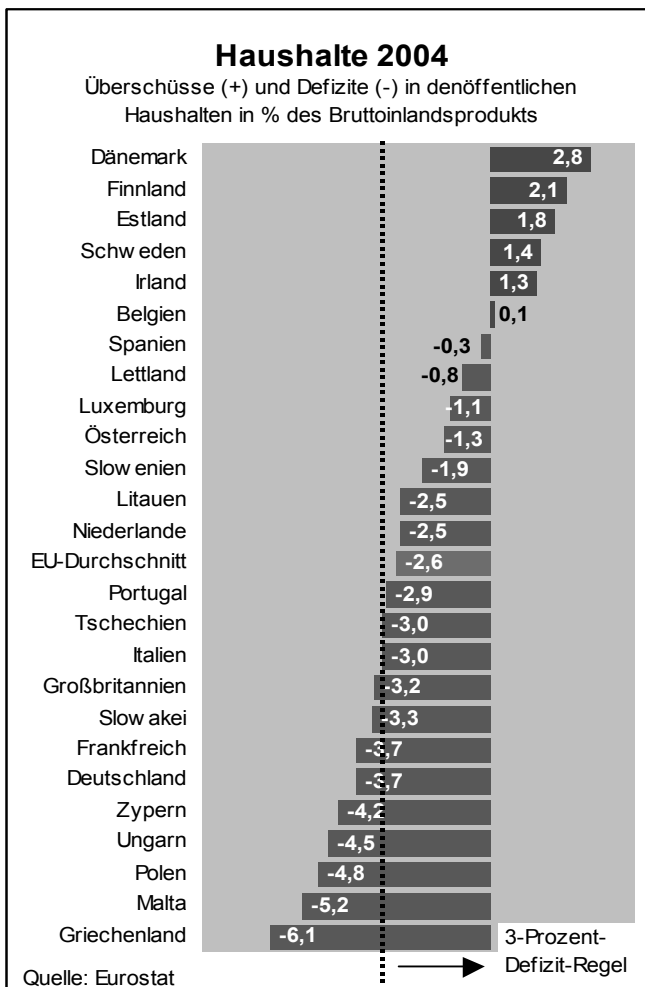
Kernpunkte der Reform

Formal gelten die alten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspakts weiter.

- Prinzipiell darf die jährliche Neuverschuldung nicht höher als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes sein.
- Auch das zweite Kriterium, nämlich dass die Gesamtverschuldung des Staates 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten darf, gilt weiter.

Neu ist, dass der Sanktionsmechanismus, der bisher beim Verletzten dieser Kriterien griff, deutlich entschärft wurde:

1. **Längere wirtschaftliche Schwächephasen** werden als Rechtfertigung, das 3-Prozent-Kriterium zu überschreiten, anerkannt. Ein vorübergehendes Überschreiten des Defizits wird erlaubt.
2. **Strukturreformen** - häufig verbunden mit Sozialabbau, wie zum Beispiel auch Elemente der deutschen Agenda 2010 - werden bei der Beurteilung des Defizits eines Landes berücksichtigt.
3. Mildernd bei der Beurteilung des Defizits wirken auch **Militärausgaben, Entwicklungshilfe, Nettobeiträge zum EU-Budget oder Kosten zur Förderung der europäischen Einheit**. Hierunter fallen voraussichtlich auch die Kosten der deutschen Einheit.
4. Den Defizitsündern wird in Zukunft **mehr Zeit** eingeräumt, hohe Defizite unter die 3-Prozent-Marke zu senken. Die Zeitdauer wird von einem auf drei Jahre verlängert. Konjunkturelle Schwächephasen wirken zusätzlich fristverlängernd.
5. Wirtschaftliche Wachstumsperioden sollen verstärkt zur **Konsolidierung der Staatsfinanzen** genutzt werden.



Die Richtung stimmt

Die Reform wirkt in die richtige Richtung, - darüber darf das Gejammer der Europäischen Zentralbank (EZB), der deutschen Bundesbank oder vom Präsidenten des ifo-Instituts, Professor Hans-Werner Sinn, nicht hinwegtäuschen.

Ein wichtiges Ziel wird erreicht. Die nationalen Regierungen haben nun wieder einen größeren Spielraum für eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik erhalten.

Sie müssen in konjunkturellen Schwächephasen nicht mehr auf Teufel komm raus sparen, um das Defizit-Kriterium nicht zu reißen.

- Denn in Zukunft sollen Sanktionsverfahren nicht mehr so stur wie in der Vergangenheit zur Anwendung kommen, wenn ein Land die Drei-Prozent-Grenze überschreitet.
- Stärker als bisher soll in die Beurteilung der Haushaltspolitik eines Landes die konjunkturelle Situation mit einfließen. So soll „eine längere Periode geringen Wachstums“ als Abschwung definiert werden und zu mehr Nachsichtigkeit führen.
- Stärker berücksichtigt wird auch, ob die Entwicklungsrichtung des Gesamtschuldenstands stimmt. Dabei werden Konsolidierungsbemühungen anerkannt.

Sparpakete in wirtschaftlichen Schwächephasen, die einzig und allein das Ziel haben, die Drei-Prozent-Hürde nicht zu verletzen, gehören damit hoffentlich bald der Vergangenheit an.

Infrastrukturinvestitionen oder Ausgaben für Forschung und Bildung müssen in Zukunft in Rezessionen nicht mehr gekürzt werden.

Sinnvoll ist auch, dass den Regierungen mehr Zeit eingeräumt wird, ihre Defizite zurückzuführen.

Was besser sein könnte

Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakt ist das Ergebnis politischer Verhandlungen und nicht aus einem Lehrbuch für Wirtschaftswissenschaften abgeschrieben. Daher bleiben für viele Ökonomen und auch für die IG Metall durchaus noch einige Wünsche offen.

- Am Besten wäre, die EU-Finanzminister hätten die Drei-Prozent-Defizit-Regel ersatzlos gestrichen.
- Statt dessen sollte der Schuldenstand eines Landes der zentrale Bewertungsmaßstab für Stabilität werden. Die Zielmarke des Schuldenstandes sollte länderspezifisch festgelegt werden. Dabei kommt

es auf eine Konsolidierungsstrategie an, mit der die Zielmarke des Schuldenstandes erreicht werden soll. Dies ließe sich durch einen definierten „Ausgabenpfad“ erreichen.

- Aber wenn schon ein **Katalog mit Ausnahmeregeln** für verschiedenste Ausgaben, die bei der Beurteilung des Haushalts herausgerechnet werden können, festgelegt wird, wäre es **besser gewesen, kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen**, also öffentliche Infrastrukturinvestitionen sowie Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung, generell bei der Defizitberechnung auszuklammern.
- Ob **Strukturreformen** das zukünftige Wachstum eines Landes tatsächlich stärken, ist **zweifelhaft**. Hinter „Strukturreformen“ verbergen sich häufig arbeitsplatzvernichtende Deregulierungen, Privatisierungen und Sozialabbau. Daher ist die Neuregelung, diese als mildernde Umstände beim Verletzen der Stabilitätskriterien zu berücksichtigen, mehr als fraglich.
- Unbefriedigend ist auch, dass es den Euroländern auch nach der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts möglich sein wird, **die Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen durch Steuersenkungen zu gefährden**.

Keine Gefahr für die weitere Stabilität in der Eurozone

Trotz Reform werden weder die öffentlichen Schulden explodieren, die Zinsen in die Höhe schnellen noch der Euro dauerhaft an Wert verlieren. Auch der oft unterstellte Zusammenhang zwischen Staatsschulden und Inflation lässt sich nicht empirisch belegen. Die Mitgliedsstaaten der Eurozone haben sich der Stabilität viel zu sehr verschrieben, als dass eine Kehrtwende in ihrer Politik zu befürchten ist. Das sieht auch die den Reformen kritisch gegenüberstehende Commerzbank so. „Für einen Dammbreach bei der Schuldenaufnahme (der öffentlichen Haushalte) gibt es derzeit keine Anzeichen.“ „Mit oder ohne Pakt, die öffentlichen Finanzen in der Euro-Zone sind auf einem nachhaltigen Pfad“, stellt die Bank Goldman Sachs klar.

Detailliertere Informationen zu den Vorstellungen der IG Metall an eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vgl. Wirtschaft Aktuell, Nr. 02/2005.